

Information vom 19. Oktober 2006

Aktuelle Steuerinformationen November 2006**Termine November 2006**

Bitte beachten Sie die folgenden Termine, zu denen die Steuern fällig werden:

Steuerart	Fälligkeit	Ende der Schonfrist bei Zahlung durch	
		Überweisung ¹	Scheck/bar
Lohnsteuer, Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag ²	10.11.2006	13.11.2006	10.11.2006
Kapitalertragsteuer, Solidaritätszuschlag	Ab dem 1.1.2005 ist die Kapitalertragsteuer sowie der darauf entfallende Solidaritätszuschlag zeitgleich mit einer nach dem 31.12.2004 erfolgten Gewinnausschüttung an den Anteilseigner an das zuständige Finanzamt abzuführen.		
Umsatzsteuer ³	10.11.2006	13.11.2006	10.11.2006
Gewerbsteuer ³	15.11.2006	20.11.2006	15.11.2006
Grundsteuer ³	15.11.2006	20.11.2006	15.11.2006

¹ Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen müssen grundsätzlich bis zum 10. des dem Anmeldezeitraum folgenden Monats (auf elektronischem Weg) abgegeben werden. Fällt der 10. auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag, ist der nächste Werktag der Stichtag. Bei einer Säumnis der Zahlung bis zu drei Tagen werden keine Säumniszuschläge erhoben. Eine Überweisung muss so frühzeitig erfolgen, dass die Wertstellung auf dem Konto des Finanzamts am Tag der Fälligkeit erfolgt.

² Für den abgelaufenen Monat.

³ Für den abgelaufenen Monat; bei Dauerfristverlängerung für den vorletzten Monat.

Zahlungsverzug: Höhe der Verzugszinsen

Der Gläubiger kann nach dem Eintritt der Fälligkeit seines Anspruchs den Schuldner durch eine Mahnung in Verzug setzen. Der Mahnung gleichgestellt sind die Klageerhebung sowie der Mahnbescheid.

Einer Mahnung bedarf es nicht, wenn

- für die Leistung eine Zeit nach dem Kalender bestimmt ist,
- die Leistung an ein vorausgehendes Ereignis anknüpft,
- der Schuldner die Leistung verweigert,
- besondere Gründe den sofortigen Eintritt des Verzugs rechtfertigen.

Bei Entgeltforderungen tritt Verzug spätestens 30 Tage nach Fälligkeit und Zugang einer Rechnung ein; dies gilt gegenüber einem Schuldner, der Verbraucher ist, allerdings nur, wenn hierauf in der Rechnung besonders hingewiesen wurde.

Im Streitfall muss allerdings der Gläubiger den Zugang der Rechnung (nötigenfalls auch den darauf enthaltenen Verbraucherhinweis) bzw. den Zugang der Mahnung beweisen.

Während des Verzugs ist eine Geldschuld zu verzinsen. Der Verzugszinssatz beträgt für das Jahr fünf Prozentpunkte bzw. für Rechtsgeschäfte, an denen Verbraucher nicht beteiligt sind, acht Prozentpunkte über dem Basiszinssatz.

Der Basiszinssatz verändert sich zum 1. Januar und 1. Juli eines jeden Jahres um die Prozentpunkte, um welche die Bezugsgröße seit der letzten Veränderung des Basiszinssatzes gestiegen oder gefallen ist. Bezugsgröße ist der Zinssatz für die jüngste Hauptrefinanzierungsoperation der Europäischen Zentralbank vor dem ersten Kalendertag des betreffenden Halbjahres.

Aktuelle Basis- bzw. Verzugszinssätze ab 1.1.2004:

Zeitraum	Basiszinssatz	Verzugszinssatz	Verzugszinssatz für Rechtsgeschäfte ohne Verbraucherbeteiligung
1.1. bis 30.6.2004	1,14 v. H.	6,14 v. H.	9,14 v. H.
1.7. bis 31.12.2004	1,13 v. H.	6,13 v. H.	9,13 v. H.
1.1. bis 30.6.2005	1,21 v. H.	6,21 v. H.	9,21 v. H.
1.7. bis 31.12.2005	1,17 v. H.	6,17 v. H.	9,17 v. H.
1.1. bis 30.6.2006	1,37 v. H.	6,37 v. H.	9,37 v. H.
1.7. bis 31.12.2006	1,95 v. H.	6,95 v. H.	9,95 v. H.

Verfassungsmäßigkeit der Ausschlussfrist für Antragsveranlagung

Für Bezieher von Arbeitslohn wird eine Veranlagung zur Einkommensteuer nur unter bestimmten Voraussetzungen durchgeführt. Zur Anrechnung von Steuerabzugsbeträgen (z. B. einbehaltene Zinsabschlagsteuer) oder zur Geltendmachung von Verlusten muss deshalb eine Einkommensteuererklärung bis zum Ablauf des zweiten auf den Veranlagungszeitraum folgenden Kalenderjahrs abgegeben werden (Antragsveranlagung). Es handelt sich um eine Ausschlussfrist. Unter bestimmten Voraussetzungen (z. B. Unkenntnis der Antragsfrist) kann Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewährt werden.

Die Frist zur Abgabe der Einkommensteuererklärung des Jahres 2004 läuft in diesen Fällen am 31.12.2006 ab.

Der Bundesfinanzhof hat nunmehr das Bundesverfassungsgericht angerufen, um prüfen zu lassen, ob die Ausschlussfrist verfassungsgemäß ist. Unabhängig vom Ausgang dieses Verfahrens sollte die Antragsfrist gewahrt werden.

Hinweis: Wenn das Finanzamt eine Veranlagung von Amts wegen durchgeführt hat oder bereits ein bestandskräftiger Bescheid für ein Kalenderjahr vorliegt, muss bzw. kann keine erneute Veranlagung (Antragsveranlagung) herbeigeführt werden.

Abziehbarkeit von zugewendeten Aufwendungen bei abgekürztem Vertragsweg

Ein Vater hatte Handwerker mit Erhaltungsarbeiten an einem Grundstück des Sohnes beauftragt und die auf ihn ausgestellten Rechnungen bezahlt, die später auf den Sohn abgeändert wurden.

Der Bundesfinanzhof ließ den Abzug der Aufwendungen als Werbungskosten des Sohnes zu. Die Mittelherkunft sei bei Werkverträgen über Erhaltungsarbeiten nicht bedeutsam. Der

Steuerpflichtige kann die Aufwendungen auch dann abziehen, wenn ihm ein Dritter den Betrag zuwendet (abgekürzter Zahlungsweg). Der Abzug ist auch dann vorzunehmen, wenn ein Dritter im eigenen Namen einen Vertrag für den Steuerpflichtigen abschließt und die Aufwendungen selbst zahlt (abgekürzter Vertragsweg).

Das Bundesministerium der Finanzen hat jetzt verfügt, dass dieses Urteil über den Einzelfall hinaus nicht anzuwenden ist.

Hinweis: Falls sich Mandanten auf dieses Urteil verlassen haben und ähnlich vorgegangen sind, sollten vorsichtshalber die von Dritten gezahlten Beträge an diese erstattet werden. Andernfalls muss mit einem Gerichtsverfahren gerechnet werden, wenn das Finanzamt den Sachverhalt beanstandet.

Anschaffungskosten und Abschreibung bei gewonnenem Fertighaus

Der Gewinner einer Werbeaktion erhielt ein Fertighaus. Er erwarb ein Erbbaurecht und ließ das Fertighaus auf diesem Grundstück errichten. Nach der Fertigstellung vermietete er das Fertighaus und setzte in der Einnahmenüberschussrechnung Abschreibungen an. Das Finanzamt lehnte Abschreibungen mangels eigener Herstellungskosten ab.

Der Bundesfinanzhof urteilte in gleicher Weise. Die Abschreibung im Steuerrecht dient nicht dem Ausgleich eines eingetretenen Wertverzehr ohne eigenen Aufwand. Die Fortführung der Buchwerte eines Rechtsvorgängers war ebenfalls nicht möglich, da der Gewinner das Fertighaus erst errichtet hatte. Die Voraussetzung für die Berücksichtigung von Aufwendungen im abgekürzten Zahlungs- oder Vertragsweg waren nicht gegeben, da die den Gewinn auslobenden Firmen im eigenen betrieblichen Interesse und nicht im Interesse des Gewinners gehandelt hatten.

Aufwendungen für den Besuch von allgemein bildenden Schulen regelmäßig keine Werbungskosten

Aufwendungen für die Ausbildung konnten bis einschließlich 2003, sofern sie beruflich veranlasst waren, Werbungskosten oder Betriebsausgaben sein. Für diese Beurteilung war maßgebend, ob ein objektiv feststellbarer Zusammenhang mit zukünftigen steuerbaren Einnahmen bestand. Bei Kosten für den Besuch von allgemein bildenden Schulen fehlt dieser Zusammenhang. Dies wird deutlich am Fall eines Elektrikers, mit dem sich der Bundesfinanzhof zu befassen hatte.

Der Elektriker arbeitete nach Abschluss der Ausbildung in seinem Ausbildungsbetrieb als Facharbeiter. Er beendete diese Tätigkeit im Laufe des Jahres und besuchte anschließend eine Fachoberschule für Technik, die mit der Fachabiturprüfung abschloss. Danach folgte ein Studium an einer Hochschule. Die Kosten für den Schulbesuch machte der Techniker als Werbungskosten bei den Einkünften aus nichtselbstständiger Arbeit geltend. Das Gericht wies in seiner ablehnenden Entscheidung darauf hin, dass die Berufsbezogenheit bei einer allgemein bildenden Schule typischerweise fehlt. Die Aufwendungen für die Schulausbildung waren im geschilderten Fall im Rahmen der Höchstbeträge als Sonderausgaben abzugsfähig.

Ab 2004 sind Ausbildungskosten (für eine erstmalige Berufsausbildung oder ein Erststudium) grundsätzlich nur noch als Sonderausgaben zu berücksichtigen.

Freistellungsaufträge müssen überprüft werden

Der Sparerfreibetrag beträgt seit dem 1.1.2004 nur noch 1.370 € für Alleinstehende und 2.740 € für zusammenveranlagte Ehegatten. Unter Einbeziehung des Werbungskostenpauschbetrags beträgt das Freistellungsvolumen dann 1.421 € bzw. 2.842 € bis einschließlich Veranlagungszeitraum 2006.

Zum 1.1.2007 wird der Sparerfreibetrag auf 750 € für Alleinstehende und 1.500 € für zusammenveranlagte Ehegatten herabgesetzt. Unter Einbeziehung des Werbungskostenpauschbetrags beträgt das Freistellungsvolumen dann 801 € bzw. 1602 €.

Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute sind seit dem 1.1.2004 verpflichtet, ihren Kunden zusammenfassende Jahresbescheinigungen nach amtlich vorgeschriebenem Muster auszustellen. Diese Bescheinigungen müssen Kapitalerträge, die nach dem 31. Dezember 2003 zufließen und private Veräußerungsgeschäfte, die nach dem 31. Dezember 2003 über diese Institute abgewickelt werden, enthalten.

Die Finanzämter können über das Bundesamt für Finanzen bei den Kreditinstituten zukünftig einzelne Kontoinformationen abrufen, wenn dies für die Steuerfestsetzung erforderlich ist.

Die Kreditinstitute haben seit dem 1.4.2003 über ihre Kunden eine Datei zu führen. Die Daten werden noch drei Jahre nach der Auflösung des Kontos aufbewahrt. Aus dieser Datei kann das Finanzamt Informationen abrufen.

Außerdem sind die Finanzämter befugt, die so erlangten Erkenntnisse auch anderen Behörden zugänglich zu machen, z. B. wenn für die Festsetzung von Sozialleistungen die Einkünfte einer Person maßgeblich sind.

Sind Freistellungsaufträge nur bei einer Bank gestellt worden, so wird die Bank das neue Freistellungsvolumen zu Grunde legen. Problematisch wird es, wenn mehreren Kreditinstituten Freistellungsaufträge erteilt, Konten aufgelöst und/oder Guthaben bei anderen Kreditinstituten angelegt oder erhöht worden sind. In diesen Fällen sollten die Freistellungsaufträge kurzfristig angepasst werden. Dabei muss auch beachtet werden, dass die Aufträge **insgesamt** die entsprechenden Grenzen nicht überschreiten, um unnötigen Ärger mit dem Finanzamt zu vermeiden.

Integrierte Versorgung kann zur gewerblichen Infizierung einer freiberuflichen Tätigkeit führen

Zwischen dem Arzt und der Krankenkasse werden in den Fällen der integrierten Versorgung nach §§ 140a ff. SGB V Verträge abgeschlossen, nach denen der Arzt sowohl für die medizinische Betreuung als auch für die Abgabe von Arznei- und Hilfsmitteln eine Fallpauschale erhält. Aus der medizinischen Betreuung erzielt der Arzt Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit, während die Abgabe von Arznei- und Hilfsmitteln eine gewerbliche Tätigkeit darstellt.

Problematisch kann dies für Gemeinschaftspraxen werden. Wenn die Umsätze aus der gewerblichen Tätigkeit die vom Bundesfinanzhof aufgestellte Geringfügigkeitsgrenze von 1,25 % am Gesamtumsatz der Gemeinschaftspraxis übersteigen, dann erzielt diese (also sämtliche beteiligte Ärzte) Einkünfte aus Gewerbebetrieb mit der Folge, dass der gesamte Gewinn der Gewerbesteuer unterliegt.

Das Bundesministerium der Finanzen hat dies verfügt, so dass mit einer verstärkten Überprüfung der Einkünfte von Gemeinschaftspraxen zu rechnen ist.

Keine Teilwertabschreibung für zu Unrecht als Herstellungskosten erfasste Vorsteuer

Ein Ehepaar errichtete einen Anbau an ein Einfamilienhaus. Die Vorsteuer aus den Baukosten wurde bei der Umsatzsteuer abgezogen, jedoch in die Herstellungskosten des Anbaus eingerechnet. Nachdem der Fehler später erkannt wurde, setzten die Eheleute bei der Einnahmenüberschussrechnung eine Sonderabschreibung in Höhe der Vorsteuer aus den Baukosten an. Finanzamt und Finanzgericht lehnten die Sonderabschreibung ab.

Der Bundesfinanzhof folgte dieser Beurteilung. Eine Teilwertabschreibung kommt nicht in Betracht, da keine dauernde Wertminderung des Anbaus vorlag und es sich nur um eine fehlerhafte Ermittlung der Herstellungskosten handelte. Auch eine Fehlerberichtigung im Rahmen einer Bilanzberichtigung schied aus, da keine Einkunftsermittlung durch Bestandsvergleich (Bilanzierung) vorlag.

Bei einer Einnahmenüberschussrechnung kann ein unterlassener Sofortabzug von Werbungskosten oder Betriebsausgaben nicht in späteren Jahren nachgeholt werden.

Kindergeld: Berechnung der Einkünfte und Bezüge

Kinder, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, werden nicht berücksichtigt, soweit sie eigene Einkünfte und Bezüge, die zur Bestreitung ihres Unterhalts oder ihrer Berufsausbildung bestimmt oder geeignet sind, von derzeit mehr als 7.680 € (Jahresgrenzbetrag) haben. Ist der Jahresgrenzbetrag überschritten, erhalten die Eltern kein Kindergeld. Es wird kein Kinderfreibetrag gewährt. Auch sonstige kindbedingte Vergünstigungen entfallen. Es ist immer noch nicht abschließend geklärt, wie der Jahresgrenzbetrag zu ermitteln ist.

Das Bundesverfassungsgericht hat Anfang des vergangenen Jahres entschieden, dass bei der Ermittlung des Jahresgrenzbetrags die vom Kind geleisteten gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge in Abzug gebracht werden können. Dieser Beschluss lässt jedoch offen, ob auch andere zweckgebundene Beiträge (wie z. B. private Krankenversicherungsbeiträge, außergewöhnliche Belastungen) bei der Berechnung zu berücksichtigen sind.

Das Finanzgericht des Landes Brandenburg hat nun entschieden, dass bei der Ermittlung der für das Kindergeld maßgeblichen Einkünfte und Bezüge die vom Kind tatsächlich gezahlte Einkommensteuer ebenfalls abzuziehen ist.

Der Bundesfinanzhof hat jetzt Gelegenheit, alle offenen Fragen zur Berechnung des Jahresgrenzbetrags zu klären.

Reichweite eines Vorläufigkeitsvermerks

Unpräzise Gesetze haben in den letzten Jahren verstärkt zu (Massen-) Rechtsbehelfen geführt. Die Finanzverwaltung versieht deshalb häufig Steuerbescheide mit einem Vorläufigkeitsvermerk, wenn zur fraglichen Angelegenheit eine Entscheidung von einem höheren Gericht (Bundesfinanzhof, Europäischer Gerichtshof, Bundesverfassungsgericht) ansteht. Dies hat den Vorteil, dass wegen dieser Angelegenheiten kein Einspruch eingelegt werden muss.

Ein Vorläufigkeitsvermerk kann allerdings auch eine Falle beinhalten, wenn nicht genau erkennbar ist, was der Vorläufigkeitsvermerk tatsächlich beinhaltet.

In eine solche Falle tappte ein Ehepaar, bei dem der Ehemann als Gesellschafter-Geschäftsführer einer GmbH keine Sozialversicherungsbeiträge zahlte und auch keinen Anspruch auf Altersversorgung hatte. Das Finanzamt kürzte den Vorwegabzug bei den Vorsorgeaufwendungen unter Einbeziehung auch der Bezüge des Ehemanns. Das Ehepaar war der Ansicht, dass der Bescheid auf Grund des Vorläufigkeitsvermerks nicht bestandskräftig war und beantragte zwei Monate nach Eingang des Einkommensteuerbescheids eine Änderung.

Der Bundesfinanzhof hat den Antrag zurückgewiesen, weil sich der Vorläufigkeitsvermerk nicht auf den Sachverhalt des Ehepaars bezog. Da das Ehepaar keinen Einspruch eingelegt hatte, war der Bescheid bestandskräftig geworden. Das Gericht wies noch darauf hin, "dass es den Steuerpflichtigen zugemutet werden kann, bei bestehenden Zweifeln das Gesetz einzusehen, fachkundigen Rat einzuholen oder ggf. zur Klärung der Reichweite des Vorläufigkeitsvermerks Einspruch einzulegen".

Hinweis: Es bietet sich an, Steuerbescheide sofort nach Eingang dem Steuerberater zur Prüfung zuzusenden.

Ablehnung des Antrags auf Investitionszulage wegen ungenauer Bezeichnung der Wirtschaftsgüter

Nach einer Entscheidung des Bundesfinanzhofs führt eine ungenaue Bezeichnung der Wirtschaftsgüter, für die eine Investitionszulage beantragt wird, zur Ablehnung eines entsprechenden Antrags.

Ein Bäcker hatte in seinem Investitionszulagantrag für das Wirtschaftsgut "Ladeneinrichtung" einen Antrag auf Investitionszulage gestellt. Das Finanzamt empfand diese Bezeichnung als zu ungenau und lehnte den Antrag ab. Der Bundesfinanzhof bestätigte diese Auffassung.

Nur die Bezeichnung "Ladeneinrichtung" lässt nicht erkennen, aus welchen einzelnen Wirtschaftsgütern die Ladeneinrichtung besteht. Sie ermöglicht weder eine Feststellung, ob die einzelnen Gegenstände zulagenbegünstigt sind, noch eine Nachprüfung, ob die angeschafften Wirtschaftsgüter mit den Wirtschaftsgütern übereinstimmen, für die die Investitionszulage beantragt wird. Eine Ladeneinrichtung kann nämlich auch nicht zulagenbegünstigte Gegenstände umfassen, wie geringwertige Wirtschaftsgüter, unselbstständige Teile des Gebäudes oder auch Ladeneinbauten, die als unbewegliche Wirtschaftsgüter zu beurteilen sind.

Unerheblich ist in diesem Zusammenhang auch, ob eine Ladeneinrichtung eine Sachgesamtheit im Sinne des Zivilrechts ist. Dies ist für die Frage, ob eine Ladeneinrichtung **ein** einheitliches Wirtschaftsgut ist, ohne Bedeutung. Eine Sachgesamtheit erscheint wirtschaftlich als Einheit, besteht jedoch unverändert aus einer Mehrheit rechtlich weiterhin selbstständiger Sachen.

Im Antragsvordruck selbst kann auf eine genaue Bezeichnung der einzelnen Wirtschaftsgüter verzichtet werden. Es ist dann aber erforderlich, dass sich die zur Beurteilung notwendigen Einzelheiten eindeutig und leicht nachprüfbar aus den innerhalb der Antragsfrist dem Antrag beizufügenden Unterlagen ergeben. Es reicht nicht aus, dass eine hinreichende Individualisierung der Wirtschaftsgüter im Rahmen einer Außenprüfung nach Ablauf der Antragsfrist nachgeholt werden kann.

Fälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen

Am 1.1.2006 ist das so genannte Beitragsentlastungsgesetz in Kraft getreten. Danach sind die Fälligkeitsregelungen der Sozialversicherungsbeiträge einheitlich auf den drittletzten Bankarbeitstag des laufenden Monats vorgezogen worden.

Daraus ergeben sich für 2006 folgende Termine:

November	Dezember
28.11.	27.12.

Zur Vermeidung von Säumniszuschlägen bietet sich die Zahlung im Lastschriftverfahren an.

Die Krankenkassen möchten die Beitragsnachweise monatlich bereits eine Woche vor dem jeweiligen Fälligkeitstermin elektronisch übermittelt haben. Wird die Lohnbuchführung nicht im eigenen Unternehmen, sondern durch extern Beauftragte erledigt, muss deshalb beachtet werden, dass die Lohn- und Gehaltsdaten etwa 10 Tage vor dem Fälligkeitstermin an den Beauftragten übermittelt werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Fälligkeitstermin auf einen Montag oder auf einen Tag nach Feiertagen (insbesondere Weihnachten) fällt.

Grenzbetrag bei Kleinbetragsrechnung wird zum 1.1.2007 auf 150 Euro erhöht

Rechnungen über Kleinbeträge müssen folgende Angaben enthalten, um dem Empfänger der Leistung den Vorsteuerabzug zu ermöglichen:

- Den vollständigen Namen und die vollständige Anschrift des leistenden Unternehmers,
- das Ausstellungsdatum,
- die Menge und die Art der gelieferten Gegenstände oder den Umfang und die Art der sonstigen Leistung,
- das Entgelt und den darauf entfallenden Steuerbetrag für die Lieferung oder sonstige Leistung in einer Summe sowie den anzuwendenden Steuersatz. Im Fall einer Steuerbefreiung muss die Rechnung einen Hinweis darauf enthalten, dass für die Lieferung oder sonstige Leistung eine Steuerbefreiung gilt.

Bis zum 31.12.2006 beträgt der Grenzbetrag 100 €, am 1.1.2007 wird er auf 150 € erhöht.

Umsatzsteuerbemessungsgrundlage der privaten Nutzung eines insgesamt dem Unternehmen zugeordneten Gebäudes

Der Bundesfinanzhof hatte im Jahr 2003 im Anschluss an den Europäischen Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass ein Unternehmer ein Gebäude, das er teilweise unternehmerisch nutzt (Nutzung mindestens 10 %) und teilweise selbst bewohnt, voll dem Unternehmensvermögen zuordnen darf. Er kann deshalb die auf das gesamte Gebäude entfallende Vorsteuer abziehen.

Die private Nutzung unterliegt mit den vorsteuerbelasteten Kosten als "Eigenverbrauch" der Umsatzsteuer. Kostenfaktor sind im Wesentlichen die jährlichen Absetzungen für Abnutzung.

Durch eine Gesetzesänderung ist seit dem 1.7.2004 der Aufwand, zu dem auch die Herstellungs- oder Anschaffungskosten gehören, auf 10 Jahre zu verteilen. Es war fraglich, ob

die in das Gesetz aufgenommene Auffassung der Finanzverwaltung mit den EG-Richtlinien übereinstimmte.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat entschieden, dass die deutsche Regelung zur Umsatzsteuer-Bemessungsgrundlage der privaten Nutzung unternehmerischer Gebäudeteile EG-rechtskonform ist.

Umsatzsteuerliche Behandlung des "sale-and-lease-back"-Verfahrens

Veräußert ein Unternehmer einen Gegenstand an einen Dritten, von dem er ihn zurückmietet (sog. "sale-and-lease-back"), kommt der Übertragung des zivilrechtlichen Eigentums an dem Leasinggut durch den Leasingnehmer auf den Leasinggeber häufig eine bloße Sicherungs- und Finanzierungsfunktion zu.

Eine bloße Sicherungs- und Finanzierungsfunktion liegt regelmäßig vor, wenn Leasinggeber und Leasingnehmer sich einig sind, dass das Eigentum an dem Leasinggegenstand nach Ablauf der Mietzeit an den Leasingnehmer zurückfällt. In diesem Fall stellt weder die Übertragung noch die Rückübertragung des Eigentums eine Lieferung dar. Beide Vorgänge lösen deshalb nach Auffassung des Bundesfinanzhofs keine Umsatzsteuer aus. Eine Lieferung, die Umsatzsteuer auslöst, liegt jedoch vor, wenn der Leasinggeber über Substanz, Wert und Ertrag des Leasingguts verfügen kann.

Die Frage nach der umsatzsteuerlichen Behandlung des "sale-and-lease-back"-Verfahrens kann deshalb nur im Einzelfall auf der Grundlage der konkreten vertraglichen Vereinbarungen beantwortet werden.

Umsatzsteuerpflicht auch für Vermietung eines Parkplatzes an einen Mieter, der diesen Parkplatz Dritten überlässt

Die Vermietung von Grundstücken ist grundsätzlich umsatzsteuerfrei. Umsatzsteuerpflichtig ist aber das Vermieten von Plätzen zum vorübergehenden Abstellen eines Fahrzeugs (öffentlicher Parkplatz, Parkhaus). Dabei kommt es nicht darauf an, ob der Mieter selbst oder auf Grund Mietvertrags ein Dritter den Platz zum Abstellen eines Fahrzeugs nutzt. So hat der Bundesfinanzhof entschieden.

Hinweis: Die Vermietung eines Abstellplatzes oder einer Garage ist nur dann als Nebenleistung umsatzsteuerfrei, wenn der Mieter vom Vermieter gleichzeitig z. B. Wohnraum angemietet hat und der Abstellplatz oder die Garage sich in unmittelbarer Nähe des Grundstücks befindet.

Aufteilung von Steuernachforderungen zwischen Ehegatten nach deren Trennung

In einem vom Bundesgerichtshof entschiedenen Fall nahm ein Ehemann seine geschiedene Frau auf Erstattung von ihm beglichener Steuernachforderungen in Anspruch. Die Steuernachforderungen wurden für drei in der Ehezeit liegende Jahre festgesetzt, in denen die im gesetzlichen Güterstand lebenden Eheleute gemeinsam veranlagt wurden. Grund für die Steuernachforderungen war eine Betriebsprüfung im Unternehmen des Ehemanns, auf Grund der die Bewertung zweifelhafter Forderungen und Forderungsabschreibungen in den betroffenen Jahren zu seinen Lasten korrigiert wurde, wodurch sich seine in die gemeinsame Veranlagung eingebrachten Verluste entsprechend reduzierten.

Nach Auffassung des Gerichts hat die Aufteilung einer nach der Trennung fällig gewordenen Steuerschuld und der sich hieraus ergebenden Erstattungs- bzw. Nachzahlungsansprüche

zusammen veranlagter Ehegatten im Innenverhältnis grundsätzlich auf der Grundlage fiktiver getrennter Veranlagung der Ehegatten zu erfolgen.

Ehevertrag: Betriebsvermögen kann beim Zugewinnausgleich ausgeklammert werden

Eine ehevertragliche Regelung, nach der das Betriebsvermögen beim Zugewinnausgleich unberücksichtigt bleibt, ist grundsätzlich rechtswirksam. Dies gilt auch dann, wenn die Ehefrau zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses schwanger war.

Dies hat das Oberlandesgericht Hamm entschieden und den Antrag einer Ehefrau gegen ihren Ehemann im Rahmen des Scheidungsverfahrens auf Auskunftserteilung über Gegenstände des Betriebsvermögens zurückgewiesen.